

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werttätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Postgebühren monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Gr. Zingststraße 14, U. Tel. 5105.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Gr. Zingststraße 14. Tel. 1769.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis frühestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 114.

Dresden, Mittwoch den 21. Mai 1913.

24. Jahrg.

In der Budgetkommission kam es zu scharfen Zusammenstößen mit der Militärverwaltung.

Der christlich-sozialen Reichstagsabgeordneter Kuntze wurde zum Tode verurteilt.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus sprach Graf Stürgkh über die auswärtige Politik.

In mehreren Städten Frankreichs haben neue Solbathausgebungen stattgefunden.

## Krupps Monopol.

In einem sehr bemerkenswerten Artikel greift das Berliner Tageblatt auf das vor einigen Jahren erschienene Buch des Franzosen Jules Guret zurück, in dem dieser vielgenannte Journalist seine Reiseindrücke über Deutschland gesammelt hat. Besonders ein Abschnitt des Buches ist seinerzeit nicht genug beachtet worden und ist doch besonders in der Gegenwart der Kruppenthätigkeiten als recht wichtig anzusehen.

Auffallen muß, so führt das genannte Blatt aus, daß von dem in Frage kommenden Teile des Guretschen Buches „Reinland und Westfalen“ eine deutsche Uebersetzung erschienen ist, die ganz und gar nicht geeignet war, das Verständnis für die politische Seite der Dinge zu fördern. Der Franzose hat lange Unterhaltungen mit August Thyssen, dem Konkurrenten Krupps, gehabt, die er teils im Vorant, teils referierend wiedergibt. In diesem referierenden Teil erzählt er u. a., wie Thyssen Kanonen und Panzerplatten fabrizieren wollte und sich an die Staatsverwaltung wandte, um zu erfahren, von welcher Art ihr Bedarf sei? Die Staatsverwaltung habe ihm geantwortet: „Wenden Sie sich an Krupp.“ Guret fährt in seinem Bericht nun wörtlich fort:

„Man begreift, daß Krupp sich nicht bereit, einem Konkurrenten den Ausnahmestellung zu geben, deren er bedürfte. Das so machte sich Krupp ein Vermögen von 300 Millionen.“

In der bei Gurets in u. a. erwähnten deutschen Uebersetzung lautet die Stelle aber also:

„Und wenn es wahr ist, daß man Thyssen an Krupp vertrieb, so er sich bei der Regierung um Geschäftserweiterungen bewerben würde und ihr seine Vorschläge machte, kann man sich leicht denken, daß dieser sich nicht sonderlich bereit, ihm entgegenzukommen und so selbst dadurch einen Konkurrenten zu schaffen, der ihm hätte gefährlich werden können.“

Guret erzählt weiter, wie Krupp auch alle anderen Staatsaufträge monopolisiert habe. Schließlich habe Thyssen, der bekanntlich katholisch sei, von der Zentrumspartei die Zustimmung erhalten, sie würde gegebenenfalls die Monopolwirtschaft im Reichstag unterstützen. Da die Regierung das Zentrum nötig habe, sei das skandalöse Monopolwesen ein wenig eingeschränkt worden. „Dennoch fahren die Kruppischen Werke fort, sich den Vordenanteil herauszuschneiden.“ berichtet Guret, immer auf Grund seiner Unterredungen mit Thyssen. Guret hat dann in der Unterhaltung mit Herrn Thyssen auch die Rede auf das Sabelgeräusch und die kriegerischen Zeitungsartikel bei Gelegenheit der Tanagerfahrt des Kaisers gebracht. Darauf hat Thyssen geantwortet:

„Das hat allein den Zweck, den Reichstag zur Bewilligung der Kredite für die Kruppischen Werke zu veranlassen, deren Kanonen trotzdem hinter den Erhardt'schen Kanonen zurückbleiben.“

Das Herr E. v. Kraatz, der die Uebersetzung des Guretschen Buches vornahm, zum Gebrauche des deutschen Volkes als überlegen für gut findet:

„Es dient in der Hauptsache dazu, den Reichstag zur Bewilligung neuer Mittel für das Militär zu bewegen.“

Ueber die Behandlung Erhardt's hat sich Thyssen dann noch weiter und mit erfreulicher Deutlichkeit ausgesprochen:

„Dieser arme Erhardt, der seit fünfzehn Jahren mit einer beispiellosen Energie darum kämpft, seine Fabrikate anzubringen! Man hat versucht, ihn zu ruinieren, man hat alles getan, um ihn zu entmannen und abzuschießen. Er hat mit bewundernswürdiger Energie gekämpft, die nicht klein zu machen war. Beispielweise hatte Erhardt auf der Düsseldorf'schen Ausstellung sehr schöne Sachen ausgestellt, soz. auch das härteste Mikroskop zu überlegen. Der Kaiser kam, blieb eine halbe Stunde im Pavillon von Krupp und legte seinen Fuß in den von Erhardt. Ergebnis: die Kanonen müssen teurer bezahlt werden und man wird sie bald durch neue ersetzen müssen.“

Die Unvergleichlichkeit der Darstellung bestätigt gerade der Zwischenfall in der Düsseldorf'schen Ausstellung, der dem Berliner Tageblatt von einem Augenzeugen also geschildert wird: Der Kaiser auf dem Rundgang, Herr Erhardt in seinem schönsten Frack und gespannter Erwartung. Wie der Kaiser, in raschem Tempo näherkommend, das Schild über dem Pavillon liest, stutzt er einen Augenblick, sagt kurz und scharf: „Das will ich nicht sehen“, und wendet sich ab, Führung.

Befolge und Bedeckung durch den jähen Programmwechsel in nicht geringe Verlegenheit bringend.

Wichtiger als die Frage, wer den Kulturbau von Cabinet über seinen Richter falsch informiert hat, wäre also längst die Frage gewesen: wer den obersten Kriegsherrn so falsch informiert hat, daß er sich vorzeitig gegen die Fabrikate, die man — um das deutsche Heer nicht ins Hintertreffen kommen zu lassen — später doch hat anerkennen müssen! August Thyssen hat in seinen Gesprächen mit dem französischen Journalisten auch darüber kein Wort vor den Mund genommen. Auf die Frage, ob Erhardt später nicht doch Staatsaufträge erhalten habe, hat er erwidert:

„Ja, endlich, nach einem zehnjährigen Kampf, nach einem großen Spektakel im Reichstag, hat man sich wohl dazu entschließen müssen... Was wollen sie auch groß kämpfen? In Diensten von Krupp stehen zwei Brüder von Ministern und der Bruder des Chefs der deutschen Flotte.“

Das rührt an den Kern der Frage. Um so merkwürdiger ist, was die deutsche Uebersetzung aus diesem ganzen Passus gemacht hat:

„Andererseits sollte man aber doch auch nicht vergessen, daß Krupp wirklich geübene Arbeit geleistet habe. Mag er immerhin, was ja in aller Munde ist, von der Regierung und dem Kaiserhause begünstigt werden, ohne jeglichen Grund ist es nicht zu verstehen. Man würde ihm sonst nicht fortwährend teure Werke für seine Manöver bezahlen, die doch von Zeit zu Zeit wieder ersetzt werden.“

Das soll die wörtliche Uebersetzung sehr scharfer Auflagen sein, die Thyssen erhoben hat und über die Guret berichtet! Der Uebersetzer Kraatz und die Firma Gurets in u. a. Co. in Leipzig werden nicht wohl umhin können, darüber Auskunft zu geben: erstens ob sie von Herrn Jules Guret ermächtigt waren, seine klaren Ausdrücke und unzweideutigen Wendungen nach Verleihen zu verwickeln, zu entstellen oder gar in ihr Gegenteil zu verkehren? Und zweitens: wer sie veranlaßt hat, unter Verleumdung des hochwürdigen Erfolges, solche Verleumdungen, Entstellungen und Verkehren ins Gegenteil vorzunehmen? Teutliche Antworten auf diese beiden Fragen könnten wertvolle Beiträge liefern zur Lösung der weiteren Frage: Wie konnte das Monopol der Firma Krupp auch dann noch aufrechterhalten werden, als es zu einem Schaden für die Reichsfinanzen, zu einem Schaden für die Landesverteidigung geworden war?

## Rüstung und Deckung.

In der Budgetkommission des Reichstags sind die Verhandlungen über die Heeresvorlage wieder aufgenommen worden. Außer bemerkenswerten Beratungen über die Regierungsvorlagen für das Luftschiffwesen kam es zu einer größeren prinzipiellen Auseinandersetzung über Grundfragen der Heeresorganisation. Von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Kommission wurde nachdrücklich betont, daß angesichts der gewaltigen Opfer, die der Militarismus von neuem dem deutschen Volke auferlegen würde, auch Reformen zur Erleichterung des Heeresdienstes durchgeführt werden müßten. Vor allem traten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder Dr. Gradnauer, Schöpflin, Kasse für den Antrag auf allgemeine Einführung der einjährigen Dienstzeit ein. Die Redner führten die mannigfachen Gründe an, die nicht nur für die Berechtigung dieser Forderung, sondern auch für ihre praktische Durchführbarkeit sprechen. Sie brandmarkten scharf die Ungerechtigkeiten im heutigen Heeresdienst, besonders das Privilegium des Einjährigen-Dienstes. Der Kriegsminister v. Seeringer verfuhr vergeblich, die guten Gründe für eine durchgreifende Heeresreform zu widerlegen. Er mußte sogar zugestehen, daß es von den Angehörigen der „gebildeten Klassen“ allerdings als „un-erträglich empfunden werden würde, wenn sie zwei Jahre Dienst leisten müßten“. Die Zentrumsmänner suchten dann die für die bürgerlichen Parteien sehr heikle Situation dadurch zu verbessern, daß sie in einer Resolution den Wunsch aussprachen, die Regierung möge Maßnahmen treffen, durch die eine Erweiterung des Kreises der nur ein Jahr dienenden herbeigeführt werden soll. Von den Kommissionsmitgliedern Dr. Südekum und Dr. Frank wurde der schöne Schein dieser Resolution zerstört und ihr wirklicher durchaus reaktionärer Kern enthüllt. Es zeigte sich, daß die Parteien, die für die neuen Militärforderungen eintreten, für volkstümliche und gerechte Einrichtungen im deutschen Heereswesen auch jetzt nicht zu haben sind. Voraus wird aber das deutsche Volk, auch viele bisherige Anhänger jener Parteien, die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen wissen.

Ferner ist bemerkenswert, daß das Zentrum eine Reihe nicht unbedeutender Streichungen beantragt. Es fordert die Streichung einer Anzahl der von der Regierung neu verlangten Intendanturkräfte und Kriegsgeschichtskräfte. Es beantragte ferner — was von größerer Tragweite ist —, daß statt 1538 Leutnants nur 930 und statt 8607 Unteroffiziere nur 7565 bewilligt werden sollen. Diese Absätze werden

sicherlich in der Rüstungsprelle großes Entsetzen hervorrufen. Es ist aber zu vermuten, daß das Zentrum sich sorgfältig vergewissert hat, wie weit die Regierung zur Not geneigt ist, sich Absätze gefallen zu lassen. Man muß auch bedenken, daß es sich zunächst erst um die erste Lesung in der Kommission handelt. Das Zentrum zeigt jetzt keinen guten Willen, aber, wenn es nicht anders geht, kann es auch einlenken und seinen Ziebeln mit dem Kriegsminister machen.

Ueber die Deckungsfrage ist gleichfalls das Kultivengemogel wieder aufgenommen worden. Wie einige Blätter berichten, haben Vertreter des Reichsfanzlers eifrig mit den Parteiführern verhandelt. Es handelt sich hauptsächlich darum, die Nationalliberalen für eine Verständigung mit den Schwarzblauen gefügig zu machen. Wie verlautet, sollen diese Verständigungsversuche bisher noch keinen Erfolg erzielt haben. Herr Baffermann soll vorläufig noch recht lebhaft für die Einführung einer Reichsvermögenssteuer oder Reichserbhaltungssteuererweiterung eintreten. Zunächst ist also auf die eilige Erledigung aller Steuerprojekte noch nicht zu rechnen.

## Der Ruhhandel beginnt!

Die Regierung ist in großer Sorge darüber, ob die Heeresvermehrung vom Reichstage so frühzeitig beschlossen werden wird, daß alle Vorbereitungen noch rechtzeitig getroffen werden können, um die Reichsarmee zum 1. Oktober durchzuführen, sobald was die Verwirklichung des Rammischaftsbeschlusses als die Neubildung von Truppenkörpern betrifft. Zentrum und Konservative fordern, daß in der Kommission der ersten Lesung der Heeresvorlage eine erste Lesung über die Deckungsfrage zu folgen habe, entsprechend den Erklärungen der Redner des Zentrums und der Konservativen, wonach Heeres- und Deckungsvorlagen mit ein und derselben Sitzung zu behandeln seien. Die Schwarzblauen und die Blauen fürchten, daß nach der Beabsichtigung der Heeresvorlage eine Mehrheit der linken Parteien beschließen könnte, die ihnen nicht passen. Wahrscheinlich werden die Beratung und die Beschlußfassung über die Deckung geräuschlos in Anspruch nehmen. Bei den Liberalen besteht jedoch das Bestreben, eine Vertagung des Reichstags herbeizuführen, wenn die Heeresvorlage und der einmütige Beschluß angenommen worden sind. Schon vorige Woche wurde gemeldet, daß mit bürgerlichen Parteiführern Verhandlungen eingeleitet worden sind, um eine Verständigung über die Behandlung der Regierungsvorlage herbeizuführen. Die Verhandlungen waren nur unbedeutender Natur. Am Dienstag lief aber in der Budgetkommission der „junge Mann“ des Staatsrats, Unterstaatssekretär Sabat'sche, geschäftig von einem Abgeordneten zum anderen, und weil er dabei zu keinem Resultat kommen konnte, hat dann Herr Spahn die Leitung der Verständigungsaktion in die Hand genommen, in der natürlich Fortschrittler und Nationalliberalen überdöbeln werden sollen.

Für Dienstag abend hat er alle bürgerlichen Kommissionsmitglieder zu einer Besprechung eingeladen, der auch Folge geleistet worden ist. Mit den Absichten der Unparteilichkeit eines Kommissionsvorsitzenden ist Spahn's Verhalten jedoch in Uebereinstimmung zu bringen. Die Fortschrittler und Nationalliberalen wollten angeblich bei der Zusammenkunft nur Erklärungen abgeben, daß sie jetzt bleiben.

## Die Londoner Friedensverhandlungen.

Die Londoner Friedenskonferenz hat immer noch nicht getagt, aber der Daily Telegraph erklärt, daß am Mittwoch, während am Donnerstag die erste Sitzung im St. James-Palast stattfinden werde. Tagesgegenstand ist die Vorkonferenzvereinbarung am Dienstag nachmittag im Auswärtigen Amt eine Sitzung ab, die nahezu drei Stunden dauerte und schließlich auf Montag vertagt wurde. Vor der Sitzung hatte Sir Edward Grey Unterredungen mit dem französischen und dem russischen Vorkonferenzen. Die Verhandlungen der Vorkonferenzvereinbarung ergaben die Tatsache, daß vollständige Einmütigkeit über die Notwendigkeit besteht, daß die Verbündeten den Vorfrieden sofort unterzeichnen. Die Vorkonferenzen betonten als wesentlichen Punkt, daß die Balkanstaaten mit der Unterzeichnung des Vorfriedens lediglich den Frieden mit der Türkei unterzeichneten und nicht ihr Recht berührten, mit den Mächten die Fragen zu erörtern, die diesen zur Entscheidung vorbehalten seien. Die Vorkonferenzen drückten deshalb den dringenden Wunsch aus, daß der Frieden unterzeichnet und daß alle Erörterungen bis später aufgehoben werden möchten. Die Mächte werden einzeln fortfahren, diese Ansichten in den Hauptstädten der Balkanstaaten einbringlich zu betonen.

Auch die Delegierten der verbündeten Balkanstaaten hielten am Dienstag eine längere Besprechung ab, an der alle Delegierten teilnahmen. Der Meinungsaustausch für und wider die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien in der gegenwärtigen Form ergab schließlich das Uebereinkommen, die Modifizierungen, die vorgeschlagen wurden, aufzugeben. Sie werden wahrscheinlich am Donnerstag in unoffizieller Form den Mächten vorgelegt werden.

Serbien, das den Friedensbedingungen der Großmächte zugestimmt hatte, stellt für die Unterzeichnung des Präliminariens eine besondere Forderung formeller Natur. Und zwar verlangt es Garantien dafür, daß der Beschluß der Vorkonferenzvereinbarung, Serbien solle einen Gasen am Adriatischen Meere und eine Eisenbahnlinie durch Albanien hindurch erhalten, die diesen Gasen mit